

Russlands Streitkräfte: Auf Modernisierungskurs

Stand und Perspektiven der russischen Militärreform

Margarete Klein / Kristian Pester

2008 startete Russland unter Verteidigungsminister Anatolij Serdjukov das Mammutprojekt einer umfassenden Militärreform, an deren Zielrichtung auch sein im November 2012 ernannter Nachfolger Sergej Schojgu festhält. Trotz Defiziten bei Rekrutierung, Rüstung und Finanzierung konnten Moskaus Streitkräfte organisatorisch bereits den Übergang von der Mobilisierungs- zur Einsatzarmee vollziehen. Während sich das Kräfteverhältnis zu den USA auch nach der Reform nicht grundlegend ändern wird, ist gegenüber den europäischen Staaten mit verstärktem militärischem Muskelspiel zu rechnen. Vor allem aber weitet die Reform Moskaus Fähigkeiten zur Machtprojektion im postsowjetischen Raum aus. Putins Bemühungen um eine engere Anbindung dieser Region an Russland werden damit auch militärisch untermauert.

Weil der Georgienkrieg große Defizite in den russischen Streitkräften offenbart hatte, startete Moskau im Oktober 2008 die umfassendste Militärreform seit Jahrzehnten. Nichts Geringeres hat die russische Führung im Sinn, als die noch in weiten Teilen am Konzept der Massenmobilisierung ausgerichtete Armee vollständig zu modernisieren. Vor allem für konventionelle Verbände gehen damit tiefgreifende Veränderungen bei Organisation und Konzeption sowie Bewaffnung und Personal einher.

Verteidigungsminister Anatolij Serdjukov und Generalstabchef Nikolaj Makarov setzten mit Verve wichtige Anteile der Reform bis November 2012 um. Dies verursachte Konflikte, unter anderem mit dem Offiziers-

korps, das um ein Drittel reduziert wurde, sowie mit der Rüstungsindustrie, gegenüber der die Reformer eine härtere Gangart einschlugen. Serdjukovs Entlassung am 6. November 2012 dürfte daher tiefergehende Gründe haben als die offiziell vorgebrachten Korruptionsermittlungen gegen »Oboronservis«, ein dem Verteidigungsministerium unterstelltes kommerzielles Unternehmen (siehe SWP-Aktuell 71/2012).

Zum Nachfolger ernannte Putin den ehemaligen Minister für Katastrophenschutz und Gouverneur des Gebiets Moskau, Sergej Schojgu, einen populären Politiker und versierten Manager. Dieser ist nun gut ein Jahr im Amt. Es stellt sich die Frage, ob er

Änderungen an der Reformagenda vorgenommen hat, und wenn ja, welche. Wo lassen sich Erfolge, wo Mängel bei der Umsetzung der ursprünglichen Zielvorgaben feststellen? Und welche Auswirkungen hat das militärische Reformvorhaben auf Russlands Außen- und Sicherheitspolitik?

Veränderter Führungsstil

Ein erstes, durchaus sichtbares Zeichen für Veränderungen ist der Führungsstil im Verteidigungsressort. Schojgus Vorgänger Serdjukov war es nur zum Teil gelungen, Ziele und Notwendigkeit der Reform nach innen zu erläutern, insbesondere gegenüber Kritikern aus den Reihen der militärischen Führung. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, deren berufliche Erfahrungen auf einer Karriere in den Streitkräften oder im Nachrichtendienst beruhten, war sein Blick in erster Linie ökonomisch geprägt. Als ehemaliger Leiter der föderalen Steuerbehörde stand er außerhalb der militärpolitischen Netzwerke. Dies ermöglichte ihm zwar einerseits, den radikalen organisatorischen Wandel der Streitkräfte auch gegen deren Widerstand durchzusetzen. Andererseits verlor die Armee das Vertrauen in die ministerielle Führung, was die Umsetzung des Reformprojekts beeinträchtigte.

Sergej Schojgu hat die damit verbundenen Probleme erkannt und bemüht sich, das beschädigte Vertrauensverhältnis zu reparieren. Dazu gehören symbolische Gesten, mit denen er seinen Respekt vor der militärischen Organisationskultur bezeugt. Beispielsweise trägt Schojgu die Uniform eines Armeegenerals und widerrief die Auflösung traditionsreicher Verbände sowie die Entlassung von Kritikern Serdjukovs.

Im Gegensatz zu Serdjukov wirbt Schojgu innerhalb der Armee vehement um Unterstützung für die Vollendung der Reformen. Auch bezieht er militärischen Sachverstand stärker in seine Entscheidungsfindung ein, was unter anderem die erhöhte Anzahl militärischer Stellvertreter des Ministers unterstreicht. Außerdem entließ er die in

weiten Teilen des Offizierskorps äußerst unbeliebten zivilen Beamten der Steuerbehörde, die unter seinem Vorgänger auf hohe Posten im Verteidigungsressort gesetzt worden waren.

Der Kurs der Annäherung an die militärische Führung bedeutet für Schojgu aber auch eine Gratwanderung. Es bleibt abzuwarten, ob er die nötige Handlungsautonomie bewahren kann, um künftig auch Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, die sich gegen die Auffassung des Militärs richten. An Entscheidungsbedarf mangelt es jedenfalls nicht, denn schließlich blieben zentrale Bereiche der Reformen unter Serdjukov unvollendet.

Strukturelle Reorganisation der Streitkräfte

Zu den bislang am weitesten umgesetzten Elementen der Militärreform gehören organisatorische Veränderungen. Sie besiegeln das Ende der für einen großmaßstäblichen Krieg mit der Nato vorgesehenen Mobilisierungsarmee und legen den Grundstein für die Schaffung moderner Streitkräfte, die sich in lokalen und regionalen Konflikten schnell und flexibel einsetzen lassen.

Zu diesem Zweck wurden bis Dezember 2009 alle sogenannten »Skelett«-Einheiten aufgelöst. Sie hätten im Mobilisierungsfall bis zu einem Jahr benötigt, um ihre personelle und materielle Einsatzbereitschaft herzustellen. Der Gesamtumfang der Armee schrumpfte nominell von 1,13 Millionen auf 1 Million Soldaten, die Anzahl eingeplanter Reservisten von rund 20 Millionen auf lediglich 700 000 Mann. Ebenfalls bis Dezember 2009 wurden die schwerfälligen, für einen langen Frontverlauf vorgesehenen Divisionen abgeschafft. An ihre Stelle traten kleinere, schneller verlegbare Brigaden, die auch in Friedenszeiten »ständig einsatzbereit«, das heißt vollständig besetzt, ausgebildet und ausgerüstet sein sollen. Und schließlich wurden die Führungsstrukturen des Militärs weitreichend verändert. Folgte Russlands Armee im Georgienkrieg noch der Einsatz-

konzeption des 20. Jahrhunderts, wonach Heer und Luftwaffe weitgehend unkoordiniert agierten, ist nun die Befähigung zum streitkräftegemeinsamen Vorgehen ein Schlüsselziel der Reformer. Hierfür wurden bis Ende 2010 vier strategische Kommandos (West, Ost, Süd, Zentrum) ins Leben gerufen. Sie führen sämtliche auf ihrem Gebiet stationierten Einheiten der Teilstreitkräfte sowie der übrigen »bewaffneten Organe« (Innen- und Zivilschutzministerium, Grenztruppen) mit Ausnahme der strategischen Raketenstreitkräfte.

Wichtige organisatorische Grundlagen für das »neue Antlitz« der russischen Streitkräfte konnten also bereits unter Serdjukov geschaffen werden. Daran knüpft sein Nachfolger Schojgu an und setzt zugleich neue Schwerpunkte. Dazu gehört der Ausbau besonderer Fähigkeiten. So wurde im März 2013 angekündigt, dass Russlands Streitkräfte ein »Special Operations Command« einrichten werden. Nach Medienberichten steht auch die Gründung eines »Cyber Command« bevor.

Das Special Operations Command dient dazu, in lokalen Konflikten sowie bei der Terror-, Drogen- oder Aufstandsbekämpfung möglichst frühzeitig einzugreifen. Es ist Ausdruck der Sorge über die instabile Lage im Nordkaukasus und der Befürchtung, der ISAF-Abzug aus Afghanistan könnte negative Spillover-Effekte auf die angrenzenden zentralasiatischen Länder hervorbringen. Das Cyber Command wiederum soll im Sinne des »information warfare« im virtuellen Raum operieren. Die Gründung beider Kommandos hat neben dem realen Fähigkeitsaufwuchs auch symbolischen Charakter, führt sie doch zu einer Art organisatorischer Parität mit den USA und China.

Operative Einsatzbereitschaft auf dem Prüfstand

Die neuen Strukturen und Einsatzkonzeptionen sind ein unabdingbarer, aber nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer Modernisierung der russischen Streitkräfte.

In einem zweiten Schritt müssen sie erprobt und eingeübt werden. Hierauf lag ein Schwerpunkt der militärischen Aktivitäten im Jahr 2013.

Zusätzlich zu den ohnehin geplanten Übungen des Sommer- und Wintertrainingszyklus konzentrierte sich das Verteidigungsministerium besonders auf eine Reihe unangekündigter Vorhaben. Dazu gehört das größte Manöver der postsowjetischen Zeit, das vom 13. bis 20. Juli 2013 stattfand. Etwa 160 000 Soldaten im östlichen Militärdistrikt nahmen daran teil.

Im Mittelpunkt der Übungen des Frühjahrs standen vor allem hochmobile Krisenreaktionsverbände mit ausgeprägten Fähigkeiten zur Bekämpfung unkonventionell operierender Gegner, wie etwa Aufständische und Terroristen. Konventionelle Szenarien bestimmten dagegen die Manöver im Sommer und Herbst. Dies gilt zum Beispiel für die Übungsserie »Zapad« (»West«) vom September 2013, an der rund 12 000 russische und 10 000 belarussische Soldaten mitwirkten.

In nahezu allen Manövern demonstrieren die beteiligten Verbände, dass sich ihre Leistungsfähigkeit verbessert hatte. Dem Großteil von ihnen gelang es, binnen maximal 14 Tagen ihre Gefechtsbereitschaft herzustellen, Märsche über teilweise strategische Distanzen zu absolvieren und im Anschluss truppengattungsspezifische Aufträge zu meistern. Noch vor fünf Jahren hätten solche Aufgaben die meisten Verbände personell und materiell überfordert.

Schwächen zeigten sich vor allem beim individuellen Ausbildungsstand der Soldaten. Der russische Generalstabschef beklagte im April 2013, viele Kraftfahrer beherrschten ihre Fahrzeuge nicht und Offiziere seien nicht in der Lage, die neue Führungsausstattung der Gefechtsstände zu bedienen. In Luftwaffe und Landstreitkräften hätten sich Fehlfunktionen und Ausfälle gehäuft, die zwar auch auf unzulängliches Material, aber vor allem auf Bedienerfehler zurückzuführen seien.

Probleme im Personalbereich

Dies verweist auf ein Grundproblem der russischen Streitkräfte. Um sie umfassend modernisieren zu können, wäre die verstärkte Professionalisierung des Personals, wenn nicht sogar der Übergang zur Berufsarmee die logische Konsequenz.

Serdjukov machte sich diese Argumentation zu eigen und erließ die Vorgabe, bis 2017 499 000 »Kontraktniki« (Zeitsoldaten) anzuwerben; ein Plan, den auch Schojgu verfolgt. Allerdings muss dieser sich dabei ähnlichen Herausforderungen stellen wie sein Vorgänger:

Erstens ist eine Karriere als Soldat wenig attraktiv. Zum einen hat dies sozioökonomische Gründe. Zwar wurde das Gehalt zum Januar 2012 auf das Zweieinhalbfache angehoben, doch im Gegenzug wurden Bonuszahlungen und immaterielle Vergünstigungen gestrichen. Zum anderen scheint sich die innere Verfasstheit der Streitkräfte durch die Reform nicht grundlegend verbessert zu haben. Das liegt nicht nur an der Auflösung und Umgliederung von Einheiten, sondern auch an einschneidenden Veränderungen in der Führungsstruktur. Das Offizierskorps wurde um ein Drittel auf 220 000 Mann reduziert und die Kategorie der Fähnriche (140 000) wurde vollständig aufgelöst. Es fehlt aber an ausreichend Ersatz in Gestalt professioneller Unteroffiziere. Dadurch leiden innerer Zusammenhalt und Disziplin der Einheiten. So ist die absolute Zahl der Straftaten seit 2008 nicht gesunken, obwohl die Personalstärke der Armee verringert wurde. Zugleich besteht die »dedovščina«, ein System der Gängelung und Gewalt gegen junge Wehrpflichtige, unverändert fort.

Zweitens konkurriert die Armee mit anderen »bewaffneten Organen« um neues Personal. Auch dies erschwert die geplante Rekrutierung der 499 000 »Kontraktniki«. Außerhalb des Verteidigungsressorts unterhalten die Ministerien des Innern und des Katastrophenschutzes große bewaffnete Anteile, deren Personalbedarf ebenfalls nicht gering ist. Im Innenministerium

allein sollen bis 2015 170 000 militärische Dienstposten professionalisiert werden.

Vor diesem Hintergrund fallen drittens demographische Entwicklungen besonders ins Gewicht. So wird die Zahl der männlichen 18-Jährigen von 1,1 Millionen (2007) auf voraussichtlich 630 000 (2017) sinken, von denen im Durchschnitt lediglich zwei Drittel wehrdiensttauglich sein werden. Unter diesen Umständen wird es schwierig, sowohl die lichten Reihen der »Kontraktniki« zu schließen als auch jährlich 220 000 Wehrpflichtige zu rekrutieren. Schon seit Jahren können über 20 Prozent aller militärischen Dienstposten nicht besetzt werden.

Die politische Führung hat nur wenige Optionen, um diese kritische Personallage kurzfristig zu verbessern. Eine davon wäre, die Anzahl der Wehrpflichtigen drastisch heraufzusetzen. Da deren Dienstzeit aber aus innenpolitischem Kalkül nicht über zwölf Monate hinaus verlängert werden soll, bleibt nur, den Rekrutierungspool zu erweitern. Komplementär zu Serdjukovs Ansatz, die Zahl der Rückstellungsgründe zu verringern, erhöhte Schojgu mit Beginn des Jahres 2013 landesweit die Einberufungsquoten, sogar für nordkaukasische Ethnien, die als Sicherheitsrisiko gelten. Parallel dazu ist das Verteidigungsministerium bestrebt, die Einstellung zur Wehrpflicht in der Gesellschaft zu verbessern. Serdjukov hatte die Arbeitsbedingungen der Wehrpflichtigen erleichtert. Nun dürfen sie zum Beispiel Mobiltelefone in den Kasernen benutzen oder am Wochenende die Kaserne verlassen. Serdjukovs Nachfolger sorgte für zusätzliche Qualifizierungsangebote. Laut einer Gesetzesnovelle erhalten Wehrpflichtige ab Januar 2014 die Chance, auf Kosten des föderalen Budgets eine weitere Berufsausbildung zu absolvieren. Allerdings sind die staatlichen Angebote regional unterschiedlich. Daher können individuelle Wünsche nur zum Teil berücksichtigt werden.

Andere Maßnahmen, um die Bereitschaft zum Militärdienst zu steigern, konzentrieren sich auf traditionelle Instrumente ideologischer Beeinflussung. Die bereits in der

Sowjetunion etablierte und staatlich subventionierte Gesellschaft zur Unterstützung der Armee, Luftwaffe und Flotte (DOSAAF) soll ihre Bemühungen zur flächendeckenden vormilitärischen Ausbildung intensivieren. Einen Eckpfeiler des Engagements bildet nach wie vor die Prägung einer patriotischen Gesinnung.

Ambitioniertes Rüstungsprogramm

Neben organisatorischen und personellen Veränderungen besteht ein Kernelement der Militärreform darin, Ausrüstung und Bewaffnung zu verbessern. Genügten 2008 nur 10 Prozent der Waffensysteme modernen Standards, soll ihr Anteil bis 2020 auf 70 Prozent steigen. Nicht nur sollen veraltete Flugzeuge, Fahrzeuge und Schiffe ersetzt werden. Vor allem geht es darum, Präzisionswaffen und automatisierte Führungssysteme zu beschaffen. Nur dann lässt sich der qualitative Sprung zur sogenannten vernetzten Operationsführung vollziehen.

Ob dies gelingt, hängt entscheidend von der Innovations- und Produktionsfähigkeit der russischen Rüstungsindustrie ab. Zwar konnte sie einzelne Modernisierungserfolge erzielen, wie zum Beispiel die Iskander-Kurzstreckenrakete, die modulare Plattform für gepanzerte Fahrzeuge »Armata« oder das Kampfflugzeug SU-35. Doch die Firmen des verteidigungsindustriellen Komplexes leiden nach wie vor an einem Innovationsstau: Personal und Produktionsanlagen sind überaltert, planwirtschaftliche Relikte und korrupte Strukturen tun ein Übriges. Aus diesen Gründen produziert die Rüstungsindustrie weithin am Bedarf der Streitkräfte vorbei oder kann nur verzögert liefern. Die seit Jahren geplante Einführung des automatisierten Führungs- und Informationssystems (ESU TZ) etwa musste immer wieder verschoben werden. Der unbefriedigende Verlauf dieses Prestigeprojekts ist jedoch kein Einzelfall. Nur 15 bis 20 Prozent aller für das erste Halbjahr 2013 geplanten Rüstungsvorhaben konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

In den Verhandlungen mit der Rüstungsindustrie schlug Serdjukov eine harte Gangart ein: Der damalige Verteidigungsminister bemängelte Qualität und Preisforderungen, bestand auf strikter Kostenkontrolle und rückte von der einseitigen Bevorzugung einheimischer Produzenten ab. Ausländische Firmen wurden nun verstärkt in die Ausschreibung von Aufträgen einbezogen. Dies führte beispielsweise dazu, dass Hubschrauberträger aus Frankreich und Radfahrzeuge aus Italien gekauft wurden. Die daraus resultierenden Konflikte zwischen Verteidigungsministerium und Rüstungsindustrie haben wohl zu Serdjukovs Sturz beigetragen.

Sein Nachfolger Schojgu brach mit der konfrontativen Politik gegenüber dem rüstungsindustriellen Komplex. Dies spiegelt auch veränderte politische Rahmenbedingungen wider. In Putins Ambitionen auf wirtschaftliche Modernisierung nimmt die Rüstungsindustrie eine zentrale Rolle ein, nämlich als möglicher Motor für andere Wirtschaftszweige. Deshalb werden inländische Produzenten bei der Auftragsvergabe erneut bevorzugt. Auch ordnete Putin die Kompetenzverteilung innerhalb der Regierung neu. Für die Preisgestaltung bei Beschaffungsaufträgen ist nun nicht mehr das Verteidigungsministerium zuständig, sondern die rüstungsindustrielle Kommission der Regierung, derzeit geleitet vom nationalkonservativen Populisten Rogozin. Die strukturellen Defizite der Rüstungsindustrie wie Innovationsschwäche oder Überalterung des Personals sind damit allerdings nicht behoben.

Finanzierung mit Fragezeichen

Der Erfolg des Reformprojekts hängt nicht nur von der Überwindung technologischer und demographischer Probleme ab. Genauso notwendig ist eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung. Tatsächlich soll das Militärbudget deutlich erhöht werden. Bis 2016 soll der Titel »Nationale Verteidigung« von 2,098 Billionen Rubel (47 Milliarden Euro) um 60 Prozent auf 3,377 Billio-

nen Rubel (75 Milliarden Euro) ansteigen. Parallel ist geplant, bis 2020 23 Billionen Rubel (515 Milliarden Euro) für Rüstungsgüter auszugeben. Doch auch wenn die Zahlen beeindruckend scheinen, bleibt unklar, ob diese Investitionen ausreichen.

Erstens ist zu bedenken, dass die Reform aus vielen Teilbereichen besteht, die eng verzahnt sind und daher gleichzeitig angegangen werden müssen. Dazu gehören Rekrutierung und angemessene Bezahlung genauso wie Ausbildung und Übungsaktivitäten. Der größte Kostentreiber ist jedoch der Rüstungssektor. Da die Nuklearstreitkräfte aus (sicherheits-)politischen und symbolischen Gründen weiterhin Vorrang genießen, schrumpfen die Mittel für die drängende Modernisierung der konventionellen Truppe. Es wird geschätzt, dass ungefähr 40 Prozent des staatlichen Rüstungsprogramms für nukleare Fähigkeiten aufgewendet werden. Zweitens ist davon auszugehen, dass ein großer Teil des Geldes veruntreut wird. Nach Angaben des russischen Militärstaatsanwalts verschwinden auf diesem Weg jährlich 20 Prozent des Verteidigungsbudgets. Drittens besteht ein grundsätzliches Finanzierungsdilemma zwischen Sozial- und Militärpolitik. Obwohl auch für Gesundheit und Bildung hohe Investitionen nötig wären, wird deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen 2013 und 2016 voraussichtlich von 4 auf 2,2 Prozent beziehungsweise von 5,1 auf 3,9 Prozent sinken. Demgegenüber wird der Anteil des Verteidigungshaushalts im selben Zeitraum von 3,2 auf schätzungsweise 3,8 Prozent des BIP steigen. Angesichts eines stagnierenden Wirtschaftswachstums sowie der einseitigen Ausrichtung auf und Abhängigkeit von schwankenden Energieeinnahmen dürfte sich dieser Zielkonflikt künftig weiter zuspitzen. Weil diese Schwierigkeiten so gravierend sind, ist es mehr als fraglich, ob die ehrgeizige Militärreform langfristig hinreichend finanziert werden kann.

Außen- und sicherheitspolitische Implikationen der Militärreform

Russlands Streitkräfte steuern weiter auf Modernisierungskurs. Auf der organisatorischen und konzeptionellen Ebene wurde der Übergang zu einer effektiven Einsatzarmee bereits erfolgreich vollzogen, wurden Training und Übungsaktivitäten verstärkt. Dennoch gibt es weiterhin Probleme bei Rekrutierung, Rüstung und Finanzierung sowie offene Fragen, etwa zur Zukunft der Wehrpflicht.

Dies wirkt sich in unterschiedlichem Umfang auf Moskaus Fähigkeiten zur Abwehr sicherheitspolitischer Risiken und Bedrohungen sowie zur Machtprojektion aus. Den technologischen Rückstand gegenüber den USA wird Russland mittelfristig kaum aufholen können. Begrenzt bleiben auch seine Fähigkeiten, im globalen Maßstab einzugreifen. Eine einsatzbereite Flugzeugträgergruppe gibt es ebenso wenig wie ein Netz weltweiter Militärbasen, und die Entwicklung konventioneller Präzisionswaffen für lange Distanzen schreitet nur langsam voran. Daher wird Moskau auch in Zukunft seinen strategischen Nuklearstreitkräften besondere Bedeutung beimessen. Sie dienen als Symbol der Parität mit den USA sowie als Instrument der Abschreckung, nicht nur gegen einen nuklearen Erstschlag, sondern auch gegen großmaßstäbliche konventionelle Angriffe.

Gegenüber den europäischen Nato-Staaten bringt die Militärreform jedoch einen leichten Machtzuwachs Russlands mit sich. Verstärkt wird dies durch den Trend, dass in Europa seit Jahren sowohl nationale Verteidigungsausgaben als auch Streitkräfteumfang reduziert werden. In Anbetracht dessen mag Russland versucht sein, die Streitkräfte mehr als bisher zur Untermauerung seiner Interessen zu nutzen und dafür zu Machtdemonstrationen, Provokationen und offenen Drohungen zu greifen. Dazu zählen Verletzungen des schwedischen und des finnischen Luftraums, die angekündigte Stationierung von Iskander-Kurzstreckenraketen in Kaliningrad für den Fall, dass in Polen eine Raketenabwehrstel-

lung der Nato eingerichtet wird, oder die Übungsserie »Zapad«. Im Jahr 2009 wurde in dieser Serie ein Atomschlag auf Polen simuliert und 2013 stand die Abwehr eines Angriffs »baltischer Terroristen« im Vordergrund.

Aufgrund politischer Rücksichtnahme gegenüber dem »strategischen Partner« China taucht das Land in keinem offiziellen russischen Dokument als militärische Bedrohung auf. Gleichwohl scheint es für die Ausrichtung der Militärreform immer wichtiger zu werden. Ablesen lässt sich das an der Tatsache, dass im Militärdistrikt Ost die Ausrüstung mit modernen Waffen verstärkt und Fähigkeiten für großmaßstäbliche zwischenstaatliche Konfrontationen aufrechterhalten werden.

Hauptsächlich richten die Reformer ihren Blick jedoch auf den postsowjetischen Raum. Dort liegen Moskaus kritischste sicherheitspolitische Herausforderungen: ethnoterritoriale und religiöse Konflikte im Kaukasus (Karabach, Südossetien, Abchasien) und Zentralasien, aber auch in Transnistrien, sowie grenzüberschreitende Risiken wie Drogenschmuggel und Terrorismus. Gegenüber diesem Raum ist auch der Wille zur Machtprojektion am deutlichsten ausgeprägt. In seiner dritten Amtsperiode verstärkte Putin die Bemühungen, die »Zone privilegierter Interessen« an Russland anzubinden. Dazu dienen wirtschaftliche, politische und militärische Integrationsprojekte wie die Zollunion, die Eurasische Union sowie die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). Gelingt es Moskau, sich als Garant für Sicherheit im postsowjetischen Raum zu positionieren, könnte es dort mehr Akzeptanz und Legitimation für seine regionalen Hegemonialprojekte gewinnen. Damit begrenzt Russlands militärischer Machtzuwachs aber auch indirekt den Handlungsspielraum von Nato und EU im gemeinsamen Nachbarrschaftsraum.

Wie sollten Deutschland und Europa auf die Entwicklung der russischen Streitkräfte reagieren? Zunächst kommt es darauf an, das in wichtigen Bereichen noch undurch-

sichtige Vorhaben besser einordnen zu können. Zwar gibt es im Rahmen des Nato-Russland-Rates eine Arbeitsgruppe, in der sich beide Seiten regelmäßig zu einzelnen Fragen der Militärentwicklung austauschen. Gerade bei den »harten« Aspekten der Reform wie Rüstungsmodernisierung und Dislozierung der Streitkräfte wäre aber mehr Transparenz von russischer Seite notwendig. Doch wegen Moskaus angespannten Verhältnisses zu Nato und EU einschließlich der Krise konventioneller Rüstungskontrolle ist ein einseitiges russisches Entgegenkommen hier wenig wahrscheinlich.

Da aber die russische Militärreform viele Entwicklungen nachholt, die westliche Armeen schon in den letzten zwei Jahrzehnten vollzogen haben, hegt Moskau in einzelnen Bereichen sehr wohl ein Interesse am beiderseitigen Erfahrungsaustausch. Dies betrifft in erster Linie »weiche« Themen wie die Ausbildung von Unteroffizieren, die Schaffung einer Militärpolizei oder Veränderungen im Sanitäts- und Versorgungssystem. An diesem Interesse der russischen Militärführung sollten Deutschland und die europäischen Staaten ansetzen, um auf diesem Weg Transparenz und Vertrauensbildung voranzutreiben.

Außerdem kann ein Russland, dessen Streitkräfte erfolgreich modernisiert wurden, zu einem interessanten Kooperationspartner für westliche Staaten werden. Die Stabilisierung Afghanistans und seines nördlichen Umfelds bildet nur einen der möglichen Anknüpfungspunkte für mehr Zusammenarbeit. Auch wenn momentan kein friedensschaffender oder friedenserhaltender Einsatz absehbar ist, an dem sowohl Russland als auch die Nato beteiligt wären, ist es perspektivisch sinnvoll, die konzeptionellen und praktischen Grundlagen für mehr Interoperabilität weiterzuentwickeln. Aufbauen lässt sich dabei auf die gemeinsame KFOR-Erfahrung im Kosovo sowie den Austausch im Rahmen des Nato-Russland-Rates.

Für die Allianz ist eine Ausweitung militärischer Zusammenarbeit indes ein heikles

Unterfangen, vor allem wenn sie dazu beitragen kann, die Fähigkeiten der russischen Streitkräfte zu verbessern. Moskaus Militärreform wird innerhalb der Nato unterschiedlich bewertet. Entwicklungen wie eine erhöhte Einsatzbereitschaft der russischen Streitkräfte im Zusammenhang mit gestiegenen Verteidigungsausgaben nähren gerade bei den neuen Mitgliedsländern traditionelle Bedrohungsängste und ließen Forderungen nach einer höheren Nato-Präsenz für diese Regionen lauter werden. Die übrigen Allianzmitglieder mögen weniger dazu neigen, sich bedroht zu fühlen. Doch Moskaus Provokationen und die verbesserten Fähigkeiten der russischen Streitkräfte sind Anlass genug, sich in der Nato intensiver um ein gemeinsames Verständnis der Konsequenzen dieser russischen Militärreform zu bemühen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364